

Pressemitteilung von AUF Gelsenkirchen 12.7.24

Mit Rechenricks gegen demokratisch-alternative Kräfte in den Kommunen

Die Zustimmungswerte für CDU-SPD-GRÜNE, die in den meisten Kommunalparlamenten in NRW die Mehrheit haben, gehen drastisch zurück. Schließlich sind sie verantwortlich für die Krise der kommunalen Daseinsvorsorge: Zu wenig Schulen, Kindergärten Jugendhäuser und Wohnungen, marode Straßen usw. Kleine, alternative und fortschrittliche Parteien und Wählerbündnisse haben Zulauf, nach dem Motto: Um uns selber müssen wir uns selber kümmern.

Um deren wachsenden Einfluss in den Kommunalparlamenten zu stoppen, haben CDU, Grüne und SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 4. Juli 2024 das Kommunalwahlgesetz geändert. Es soll nicht mehr, wie bisher und allgemein üblich, auf- und abgerundet werden.

Dies wäre eine Einführung einer Sperrklausel durch die Hintertür, weil Wählerbündnisse einen rechnerisch errungenen Sitz aufgrund der Abrundung verlieren könnten. Diese Änderung ist eine Attacke vor allem auf kleine und kritische Parteien und Wahlbündnisse. Bereits in der Vergangenheit hatten die etablierten Parteien versucht, zuerst eine Fünf-Prozent-Hürde und dann eine 2,5-Prozent-Hürde einzuführen. Damit sind sie krachend vor dem Verfassungsgericht NRW gescheitert.

Die drei Parteien, die dieses Gesetz eingebracht haben, profitieren davon auch am meisten. Wäre das neue Berechnungsverfahren bei der letzten Kommunalwahl angewendet worden, dann hätten sie zusammen 319 Sitze mehr bekommen. Alle anderen Parteien hätten verloren – nämlich 320 Sitze, davon alleine die Kleinparteien 131 Sitze. Und genau darum geht es: den wachsenden Einfluss von demokratisch-fortschrittlichen Kräften einzudämmen - auch im Interesse der faschistischen AfD.

Dieses Gesetz muss sofort wieder rückgängig gemacht werden! Die FDP hat angekündigt, dass sie dagegen klagen wird. Die Arroganz wird auch deutlich, in dem was Robin Korte (Grüne) sagt: »Man beseitige die Bevorzugung insbesondere der Kleinst- und

Kommunalwahlbündnis
AUF – Gelsenkirchen

Schmalhorststr. 1c
45899 Gelsenkirchen

buero@auf-gelsenkirchen.de

Jan Specht
Stadtverordneter
jan.specht@auf-gelsenkirchen.de

Splitterpartei«. Aber gerade auf kommunaler Ebene bekommen die kleineren Parteien Stimmen von Menschen, die sich durch die großen etablierten Parteien nicht vertreten fühlen. Die Stimmen dieser Menschen würden damit entwertet.

Auch ein Gutachten des Mathematikers und Wahlrechtsexperten Professor Friedrich Puckelsheim kommt zu dem Ergebnis, dass das neue Berechnungsverfahren den Wählerwillen weniger gut abbildet. Dieses von CDU und Grünen beauftragte Gutachten wurde aber unter Verschluss gehalten. Das sind üble Trickereien. Davon würde bei der nächsten Wahl wahrscheinlich auch die faschistische AfD profitieren.

Kommunalwahl-Bündnisse wie AUF Gelsenkirchen, AUF Witten, bergAUF Bergkamen, NV AUF geht's! in Neukirchen-Vluyn, Essen steht AUF oder Solingen AKTIV werden benachteiligt. AUF steht für **Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich**. Sie haben jahrelang selbstlos, kritisch und mit immer neuen guten Vorschlägen in den Räten gearbeitet. Viele ihrer Anfragen haben Licht ins Dunkel gebracht, Skandale aufgedeckt und sich für die Menschen eingesetzt. Bis heute ist dank dieser Wahlbündnisse das Thema Giftmüll untertage und PCB-Vergiftung durch die Ruhrkohle AG (RAG) präsent und wird der Kampf gegen die Vergiftung unseres Grundwassers geführt.

Schluss mit den Trickereien! Sofortige Rücknahme der Gesetzesänderung des kommunalen Wahlrechts! Demokratische Rechte von kleineren fortschrittlichen Wählerbündnissen verteidigen!